

Nur zur Abschreckung?

Westen entsetzt über Syriens Chemiewaffen-Drohung

VON GREGOR MAYER (dpa)

Die Gegner Assads fürchten dessen Chemiewaffen. Wie weit wird das syrische Regime gehen? In Israel glaubt man immerhin, dass das Regime mit dem Arsenal „verantwortlich“ umgeht. Doch was, wenn der Druck weiter steigt?

KAIRO – Syrien hat Chemiewaffen, das weiß die Welt seit den 1990er Jahren. Auch, dass die Waffen nun innerhalb des Landes verlegt wurden, scheint gesichert. Doch wie groß ist die Gefahr? Dass ein Sprecher des Regimes offen über die Waffen spricht, sorgt für Aufregung: Waren seine Worte eine versteckte Drohung? Oder dienen sie der Beschichtigung in einer aufgeheizten Lage?

„Bestände an Massenvernichtungswaffen oder unkonventionellen Waffen, die im Besitz der Syrischen Arabischen Republik sind, werden niemals, niemals und unter keinen Umständen gegen Zivilisten oder gegen das syrische Volk eingesetzt, auch völlig unabhängig davon, wie sich die (gegenwärtige) Krise entwickelt“, sagte der syrische Außenamtssprecher Dschihad Makdissi am Montag. Dann fügte er noch hinzu, dass diese Waffen ausschließlich im Falle einer „äußeren Aggression“ gegen Syrien zum Einsatz gelangen könnten.

Kalkulierter Schachzug

In dieser Aussage aus Damaskus sehen manche einen kalkulierten Schachzug der syrischen Führung. Bedrängt durch den immer stärker werdenden Aufstand und international isoliert habe das Regime von Präsident Baschar al-Assad die „chemische Trumpfkarte“ gezogen, meint die Analytikerin Randa Slim von der New America Foundation in der *New York Times*. „Man droht damit, um die eigene, sich rapide verschlech-

ternde Verhandlungsposition zu stärken.“

Westliche Politiker reagierten auf die Worte aus Damaskus mit markigen Warnungen. Das Regime in Damaskus „sollte nicht einmal im Ansatz darüber nachdenken, Chemiewaffen einzusetzen“, sagte der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, George Little. Auch Bundesaußenminister Guido Westerwelle meinte, die Drohung, Massenvernichtungswaffen gegen „äußere Aggressoren“ einsetzen zu wollen, sei „ungeheuerlich“.

Tatsächlich zählt das gegebene Wort bei dem Assad-Regime nicht viel, Beteuerungen des Wohlverhaltens noch weniger. Doch bei den hochgefährlichen Chemiewaffen dürfte der Realitätssinn überwiegen. Wie auch bei anderen autoritären und totalitären Regimen dient ein bloßes Erwähnen von Massenvernichtungswaffen der Abschreckung und damit dem Überlebenskampf der Führungsriege.

Rote Linie

Israels Außenminister Avigdor Lieberman zog gestern beim Besuch in Brüssel unmissverständlich eine „rote Linie“ für das Assad-Regime: Eine Weitergabe von Massenmordwaffen an die mit Damaskus verbündete radikale Hisbollah-Organisation im Libanon würde für Jerusalem einen „Causus belli“ (Kriegsgrund) darstellen. Lieberman gilt im eigenen Land eher als Scharfmacher.

Das israelische Sicherheitsestablishment sieht die Sache hingegen gelassener. Syriens Machthaber gehe „verantwortlich mit Chemiewaffen um“, sagte ein Informant aus Regierungskreisen am selben Tag der Zeitung *Haaretz*. „Solange Assad an der Macht ist, ist mit dem Einsatz von Chemiewaffen nicht zu rechnen“, meinte auch der Strategieprofessor Ejal Zis-



Ein Rebellenkämpfer steht in Aleppo vor einer Militäreinrichtung. In der wichtigen Wirtschaftsmetropole toben heftige Kämpfe — ohne Chemiewaffen. Foto: dpa

ser vom Dajan-Zentrum in Tel Aviv. „Und wenn er verliert, dann wird er aus dem Land fliehen.“

Das Assad-Regime habe weiter die volle Kontrolle über die Chemiewaffen, erklärte der Chef des Sicherheitsbüros im israelischen Verteidigungs-

ministerium, Amos Gilad, gestern. Dies gehe aus den geheimdienstlichen Erkenntnissen eindeutig hervor. Auch eine Weitergabe an die Hisbollah habe bislang nicht stattgefunden. Israel müsse „wachsam sein, aber es besteht kein Grund zur Panik“.

Lokführer rollen Streikfahnen ein

Tarifeinigung mit der Deutschen Bahn verhindert Arbeitskampf in der Urlaubszeit

VON LETICIA WITTE (dpa)

Mehr Geld für Lokführer, Glück für Passagiere. Weil Gewerkschafter und Bahn ungewöhnlich schnell beraten, bleibt allen ein Nervenkrieg erspart. Die nächsten Verhandlungen stehen schon ins Haus.

BERLIN – Sie hatten auf eine schnelle Einigung gehofft – und am Ende kam es dann auch so. Die Lokführer-Gewerkschaft GDL und die Deutsche Bahn brauchten nur zwei Verhandlungsrunden, um in ihrem jüngsten Tarifkonflikt einen Abschluss ganz ohne Arbeitskampf zu erzielen. Den Beteiligten blieb ein nervenzehrender Marathon erspart. Reisenden viel Frust und schier endloses Warten auf Bahnsteigen.

Das war schon einmal anders. Die Lokführer hatten 2007/08 nach monatelangem Hin und Her einen eigenständigen Tarifvertrag erzwungen. Kurz danach, 2010/11, rangen die Verhandler mehr als neun Monate lang um einen Rahmentarifvertrag. Wann immer die Deutsche Bahn mit den Arbeitnehmervertretern verhandelt, schieben Pendler und Co. bang auf den Verlauf der Dinge – dass bloß kein Stillstand auf der Schiene verkündet werden möge.

Betont zuversichtlich

Gleichwohl hatten die Lokführer auch im jüngsten Tarifkonflikt gedroht. „Wir haben bewiesen, dass wir streiken können“, sagt GDL-Sprecherin Gerda Seibert, als alles vorbei ist. Aber schon zum Auftakt der Verhandlungsrunde gaben sich Gewerkschaftschef Claus Weselsky und Bahn-Personalvorstand Ulrich Weber Mitte Juli betont zuversichtlich. Und auch vor der zweiten Runde, die nach

zehn Stunden endete, zeigten sie den Willen zur Einigung.

Die sieht so aus: Die mehr als 20 000 Lokführer haben rückwirkend zum 1. Juli 3,8 Prozent mehr Geld in der Tasche. Hinzu kommen vom 1. November 2013 an weitere 2,4 Prozent. Die Laufzeit beträgt 24 Monate. Die GDL hatte ursprünglich sieben Prozent mehr Geld bei einer Laufzeit von einem Jahr gefordert.

Dass die Verhandler gestern am frühen Morgen das Ergebnis verkünden konnten, liegt auch daran, dass die Bahn mit einem verbesserten Angebot in die zweite Runde gestartet war. Die GDL hatte sich höchst unzufrieden mit dem ersten gezeigt, wonach die Entgelte zunächst zum 1. Juli um 2,5

Prozent steigen sollten, weitere zwei Prozent sollte es dann im Oktober 2013 geben.

Wie teuer der Abschluss für die Bahn ist, blieb offen. Am vergangenen Wochenende hieß es, dass es in den ersten sechs Monaten ein Plus von 40 Millionen Fahrgästen gegeben habe. Umsatz und Gewinn stiegen demnach auf Rekordniveau. Nur beim Güterverkehr sollen gesteckte Ziele verfehlt worden sein.

Die Lokführer-Gewerkschaft blickt nach dem jüngsten Abschluss bereits auf die nächsten Tarifverhandlungen. Sie betreffen im August rund 1000 Lokführer im privaten Schienenverkehr, wie GDL-Sprecherin Seibert ankündigte.



Ein Bild, das den Reisenden in diesem Jahr erspart bleibt: Lokführer beim letzten Arbeitskampf 2011. Archivfoto: dpa

Asylbewerber sollen früher arbeiten dürfen

Künftig nur neun Monate Wartezeit

BERLIN – Asylbewerber sollen nach ihrer Ankunft demnächst schneller einen Job annehmen dürfen.

Die Wartezeit soll von zwölf auf neun Monate verkürzt werden. Dies sieht eine Grundsatzvereinbarung der EU-Mitgliedstaaten vor, sagte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums in Berlin. Das Vorhaben muss noch das EU-Parlament passieren und dürfte in Deutschland in der im Herbst 2013 endenden Legislaturperiode nicht mehr umgesetzt werden. Wegen der derzeit geltenden strengen Auflagen liegt die Zahl der arbeitenden Asylbewerber in Deutschland nur bei 3,7 Prozent, meist in Teilzeit. dpa

Schwarzarbeit kostet Wachstum

Rund 50 Milliarden Euro Steuern und Sozialabgaben gehen verloren

BERLIN – In diesem Jahr gehen der öffentlichen Hand in Deutschland einer Studie zufolge rund 65 Milliarden Euro Steuern und Sozialabgaben verloren.

Schwarzarbeit verursache einen Verlust bei Steuern und Sozialabgaben von rund 50 Milliarden Euro, so der Wirtschaftswissenschaftler Friedrich Schneider von der Universität in Linz. Hinzu kommen weitere zehn bis 15 Milliarden Euro hinterzogene Steuern durch ins Ausland verschobene Vermögen.

Würden die 65 Milliarden Euro ordentlich versteuert und in Deutschland in den Konsum fließen, könnte die inländische Wirtschaft der Studie

zufolge um weitere 3,75 Prozent wachsen.

Voraussichtlich schrumpft die Schattenwirtschaft in diesem Jahr aber; Grund ist die gute Konjunktur. Den Prognosen zufolge würden in diesem Jahr insgesamt 342,4 Milliarden Euro schwarz erwirtschaftet. Dies sind 1,9 Milliarden Euro weniger als im Jahr 2011.

Bau und Handwerk vorn

Der Studie zufolge entfallen 38 Prozent des Schattenwirtschaftsvolumens auf das Baugewerbe und das Handwerk, gefolgt von den Bereichen „Andere Gewerbe und Industriebetriebe“ und Dienstleistungsbetriebe mit je 17 Prozent. dpa

„Die Täter sind Iraner“

Israels Botschafter sieht ein Muster hinter den Attentaten

Seit März 2012 ist Yakov Hadas-Handelsman Israels Botschafter in Deutschland, nachdem des Amt zuvor drei Monate vakant war. Schon seine vorigen Stationen in Jordanien, in Katar und der Türkei, allesamt heikle Posten, weisen den 54-Jährigen, der auch Arabisch, Englisch, Türkisch und Deutsch spricht, als hochkarätigen Diplomaten aus. Nun war er zu Besuch in unserer Redaktion.

Ihre Regierung hat sich nach dem tödlichen Anschlag in Bulgarien auf eine israelische Jugendgruppe schnell darauf festgelegt, dass der Iran dahintersteckt. Nun wird der mutmaßliche Selbstmordattentäter als hellhäutig beschrieben, ein möglicher Komplize als arabisch aussehend. Ändert das etwas an der These?

Hadas-Handelsman: Nein. Schauen Sie: Dieser jüngste Anschlag war das vorerst letzte Glied einer Kette von Attentatsversuchen, die denselben Modus operandi hatten. Eine Woche vor dem Anschlag in Bulgarien ist in Zypern ein Libanese verhaftet worden, der die Zeitpläne von Flugzeugen aus Israel ausspähte und von Bussen, die die Touristen in die Hotels bringen sollten – genau wie in Burgas. Zwei Wochen zuvor waren in Mombasa in Kenia zwei Iraner mit Sprengstoff verhaftet worden. Der Verdacht ist auch hier, dass sie israelische Touristen töten wollten. Und es gab eine Serie von Attentaten gegen israelische Diplomaten im Februar 2012. Erst in Tiflis in Georgien. Einen Tag danach ist es ihnen in Neu-Delhi gelungen, eine Bombe an ein Auto der israelischen Botschaft zu kleben – die Frau eines Diplomaten und drei weitere Personen wurden verletzt. Auch in Bangkok gab es einen Versuch, aber die Täter wurden festgesetzt. Überall sind die Täter Iraner oder sprechen Persisch.

Ihre Regierung hat sich angesichts der Lage in Syrien sehr besorgt gezeigt darüber, dass chemische Waffen oder Raketen aus Syrien in die falschen Hände geraten.

Hadas-Handelsman: Syrien hat nach der Russischen Föderation das zweitgrößte Arsenal chemischer Waffen in der Welt. Das macht uns große Sorgen. Sie haben neue Raketen längerer Reichweite und Raketen gegen Flugzeuge, die sie der Hisbollah bisher nicht gegeben haben. Es besteht auch die Möglichkeit, dass Assad, wenn er merkt, dass es zu Ende geht, chemische Waffen gegen seine eigene Bevölkerung einsetzt. Aber das ist der Nahe Osten.

Manche Beobachter sind irritiert, weil Israel seit dem Ausbruch des Arabischen Frühlings nicht von sich aus Gesten der Verständigung gezeigt hat,

Viele mischen mit im Syrien-Konflikt, und die Interessen der Nachbarn könnten unterschiedlicher kaum sein. Während Teheran das Assad-Regime um jeden Preis halten will, stützen Saudi-Arabien und Katar die Opposition. Ein Überblick:

Israel: Ein Einsatz syrischer Massenvernichtungswaffen ist ein Alptraum für Israel, das dem Konflikt bisher eher als Beobachter beiwohnte. Jetzt warnt Jerusalem laut davor, dass Assads Chemie- und Flugabwehrwaffen in die Hände der Hisbollah oder Al-Kaida fallen könnten.

Ein Krisenstaat, viele Interessen

Saudi-Arabien und Katar: Die sunnitischen Herrscher vom Golf unterstützen in Syrien – wie schon zuvor in Libyen – die islamisch-konservativen Kräfte. Und versuchen, einen Verbündeten ihres Erzfeindes Iran zu schwächen.

Türkei: Das Nato-Mitglied ist seit langem einer der schärfsten Kritiker des syrischen Regimes. Weiter verschärft wurde das Verhältnis Ende Juni durch den Abschluss eines türkischen Kampfflugzeuges vor der syrischen Küste. Ein Teil des Nachschubs der syrischen Rebellen wird durch die Türkei geschleust.

Iran: Aus iranischer Sicht darf das syrische Regime keinesfalls fallen. Im Frühjahr erklärte Präsident Mahmud Ahmadineschad, er kenne keine Grenzen bei seiner Unterstützung für Präsident Assad.

Al-Kaida: Das Terrornetzwerk Al-Kaida versucht auf den fahrenden Zug aufzuspringen. Die Terroristen wollen sich als Speerspitze der Revolution präsentieren und das anschließende Tohuwabohu nutzen. dpa

insbesondere im Konflikt mit den Palästinensern.

Hadas-Handelsman: Zuerst sollte man vielleicht würdigen, dass sich die Israelis zum ersten Mal nicht geäußert haben. Aber wir sind zwischen Hammer und Amboss. Hätten wir die Diktatoren unterstützt, hätten alle gesagt: Israel ist gegen die Freiheit. Hätten wir die Aufständischen empfangen, hätte es geheißen: Aha, das ist eine amerikanisch-israelische Verschwörung. Deswegen muss man sich unter dem Teppich verstecken.

Sie sind im Konflikt mit den Palästinensern Anhänger der Zwei-Staaten-Lösung. Wie verträgt sich das mit den anhaltenden Siedlungstätigkeiten jenseits der grünen Linie zwischen Israel und dem Westjordanland?

Hadas-Handelsman: Ersten, fragen Sie die Palästinenser, warum es keine Verhandlungen gibt. Zweitens, Siedlungen sind kein Verhandlungshindernis. Es gibt seit Jahren keinen neuen Siedlungsaufbau. Es werden nur existierende Siedlungen erweitert. Das sind Siedlungen, die so oder so israelisch bleiben werden. Als Ersatz werden die Palästinenser anderes Land bekommen. Wir haben auch schon zweimal bewiesen, dass wir uns zurückziehen können, das erste Mal von der Sinai-Halbinsel, das zweite Mal 2005 aus dem Gazastreifen. Wir haben in Gaza mehr als 30 Siedlungen zerstört. Und was haben wir bekommen? Wie gesagt: Siedlungen sind



Er sieht Israel bedroht: Botschafter Yakov Hadas-Handelsman. F.: Niklas

kein Hindernis. Wenn das irgendwann erneut auf den Tisch kommt, werden wir uns wohl wieder bewegen. Es wird nicht leicht sein, aber es hat schon einmal funktioniert. Drittens: Es gab eine Zeit, vor 1967, als Israel keine Besatzungsmacht war. Und wie ich mich erinnere – ich war ein kleines Kind –, gab es damals auch keinen palästinensischen Staat. Wir sind dort hineingegangen, weil wir von drei Armeen angegriffen wurden.

Interview: GEORG ESCHER